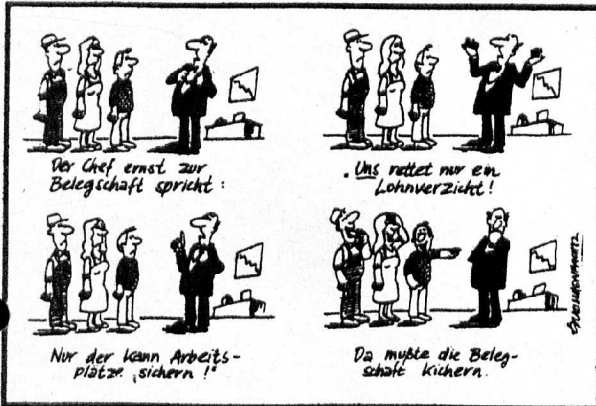


WIRTSCHAFT

Zeitung der Marxisten in SJ, SPÖ & ÖGB
Nr. 41 Nov./Dez. 1993 Preis öS 7.- Solidaritätspreis öS 10.-

KAMPF DEM SOZIALABBAU



Junge Mütter, Arbeitslose, Pensionisten, Studenten und eben erst Gekündigte sind die Zielscheibe des Sozialabbaupaketes der Regierung, das natürlich unter tosendem Beifall der Unternehmer verabschiedet wurde. Das Budgetloch, das in der Krise immer größer wurde, soll wieder einmal auf Kosten derer gestopft werden, die sowieso schon die Schwächsten der Gesellschaft sind!

Das beweisen die Tatsachen:
- 1994 wird eine Milliarde bei den Pensionisten eingespart und

Arbeitsplätze in Gefahr. Und die Vorstöße der Unternehmer in Richtung Nulllohnrunde werden immer stärker. Die Öffnungsklausel, die bei den KV-Verhandlungen vereinbart wurde, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Aber damit wird der Sozialabbau sicher nicht zu Ende sein. Heute sind es "nur" die Mütter und Alten, morgen sind alle Arbeitnehmer dran. Wenn sie sich jetzt nicht gemeinsam wehren, wird das nicht zu verhindern sein. Doch das dürfen wir uns nicht gefallen lassen! Wir müssen uns wehren. Jetzt!

- 100 Millionen bei Karenzgeldempfängern.

- Die meisten Arbeitslosen bekommen öS 300,-/Monat weniger
- bei Firmenpleiten sind die Ansprüche der Arbeitnehmer auf Ausbezahlung (aus dem Insolvenzfonds) geringer.

Aber das ist bei weitem noch nicht alles. In der Verstaatlichten Industrie sind 10.000

* **Schluß mit dem Sozialabbau! Die Unternehmer sollen für IHRE Krise selbst bezahlen.**
* **Keine Steuergeschenke für die Reichen - stattdessen öS 12.000,- Mindestlohn für alle Arbeitnehmer**

* **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (was 366.563 neue Arbeitsplätze und 26,7 Milliarden Einsparungen beim Arbeitslosengeld bedeuten würde)**

* **Arbeit für alle statt Profite für wenige!**

In dieser Zeitung: ★ UNO ★ Antifa ★ KV-Löhne

Kein Ausverkauf der Verstaatlichten

Nein zu Privatisierung, Lohnraub und Entlassungen!

"Östlich von Wien wird ein Schlußstrich unter das Debakel des staatswirtschaftlichen Sozialismus gezogen. Hier, in Österreich ist dieser Schlußstrich überfällig" (Dr. Ferdinand Maier, ÖVP Geschäftsführer). Diese Worte aus bürgerlichem Munde sind wenig verwunderlich, doch auch die SPÖ-Führung läßt ähnliches hören. "Ich bin bereit, die Privatisierung im neuen Gesetz festzuschreiben... Das alte Dogma der Verstaatlichten ist tot." (Viktor Klima, Verstaatlichtenminister, SPÖ). Doch solche Töne wurden nicht immer gespuckt. Nach dem Krieg waren sich die Kapitalisten einig, daß die Verstaatlichte wichtig sei. Die ÖVP erkannte, daß das Privatkapital zu schwach war, um eine Grundstoffindustrie aufzubauen. Die SPÖ verkaufte die Verstaatlichte als "österreichischen Sozialismus". Einig waren sie in ihrer "Angst vor den Russen". Sie wollten die Industrie nicht an das Ausland verkaufen. Fest steht, daß Österreichs wirtschaftlicher Aufschwung zu einem Großteil dem "Zugferd" Verstaatlichte zu verdanken war. Doch in Zeiten der Krise behaupten Bundesregierung und Unternehmer, daß die Verstaatlichte nicht funktionieren kann, weil sie verstaatlicht ist. Um das auch beweisen zu können, bedurfte es einiger Anstrengungen.

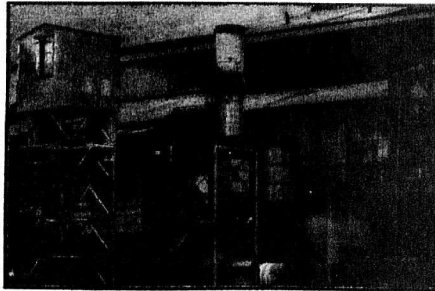
Die Ursachen der Verstaatlichten-Krise

Jahrelang mußte die Verstaatlichte als Billigliefereant für die Privatunternehmen erhalten. Für eine qualitative Weiterentwicklung wurde von Seiten der Regierung sehr wenig getan und die Forschungsausgaben wurden lächerlich gering gehalten. Tölpelhafte Fehlentscheidungen des überbezahlten Management taten den Rest. Letzteres geht aus dem Rechnungsbuchbericht über die AMAG sehr gut hervor. In den letzten beiden Jahren sind 16 Milliarden Schilling der AMAG-Verluste auf 120 Fehlkaufe des Managements zurückzuführen. Doch solch eindeutige Managementverfehlungen werden verschwiegen und die Schuld wird der Belegschaft gegeben. Die Arbeiter und Angestellten verdienen viel zu viel, heißt es da, und außerdem ist es nicht möglich, weiterhin so viele Beschäftigte zu halten. Also werden eifrig "Sanierungsprogramme" verordnet, denn dem Steuerzahler sei eine solche Verschwendung nicht zumutbar. Zumutbar hingegen sind Megasubventionen an Privatbetriebe. So kassierte z.B.: Wilhelm Pabst für das Papierwerk St. Magdalen

(200 Beschäftigte) 1,2 Milliarden Schilling vom Land Kärnten. Die Firma Semperit erhielt seit 1980 über 2,25 Milliarden aus öffentlicher Hand und trotzdem gibt es Entlassungen, Kurzarbeit,.... Die ehemals verstaatlichte Wiener Brückenbau wurde an einen deutschen Unternehmer abgetreten. Der kassierte 250 Millionen Schilling Subvention, sperrte das Werk zu und vernichtete damit 1.500 Arbeitsplätze. Für die 60.000 Beschäftigten in der Verstaatlichten sind Subventionen scheinbar nicht lohnend. Doch die Verstaatlichte erhält im Verhältnis zu den Privatunternehmen sowieso kleine Summen vom Staat. Was soll dann dieses Gezeret um die ach so marode Staatswirtschaft?

Die Kosten sollen auf die Arbeiter abgewälzt werden

In Zeiten der Krise sehen die Bürgerlichen die Chance, die Verstaatlichte zu zerschlagen und sich die Rosinen aus dem Kuchen zu sichern. Diese Absicht steckt hinter den Privatisierungsplänen der Regierung und der Unternehmer. Um die Betriebe "verkäuflich" zu machen, wird massiv Sozialabbau betrieben. So wurde etwa im Mai 1993 bei der ÖMV, als die Bilanz von 1992 vorgelegt wurde, bereits eine Einsparung von einer Milliarde auf Kosten der Belegschaft angekündigt. Das Maßnahmenpaket des Vorstandes soll bis Ende Juni 1994 durchgezogen sein und umfaßt folgende Punkte: Im Bereich Energie sollen 550 Arbeitsplätze abgebaut werden, weitere 50 Beschäftigte werden in einer deutschen Zweigstelle entlassen. Das Sozialbudget des Betriebs wird radikal gekürzt. Das 15. Monatsgehalt soll den Rationalisierungsinteressen geopfert werden. Weiters strebt der Vorstand eine Öffnungsklausel, wie es sie im Metallbereich gibt, an. Die GPA überlegt, eine solche Klausel zu akzeptieren, die Gewerkschaft der Chemiarbeiter hat noch nichts dazu gesagt. Im Chemiebereich sollen durch die Stilllegung der PHTHAL-Säureanhydrid-Anlage (PSA) 245 Arbeitsplätze eingespart werden. Im Kunstdüngerbereich werden ebenfalls hunderte Jobs vernichtet. Ein weiterer Schritt ist die Zerschlagung. Einzelbereiche (zuerst solche, die nicht unmittelbar mit der Produktion zusammenhängen wie z.B. die Kantine) werden privatisiert, dann folgen andere nach



und zum Schluß ist der ganze Betrieb Häppchenweiß verkauft. Doch das ist noch nicht alles! Nach diesen Maßnahmen soll der Betrieb "verkäuflich" sein. Welche Maßnahmen nach dem Verkauf folgen, weiß noch niemand. Die Betriebsräte nehmen die Arbeitsplatzvernichtung beinahe widerspruchslos zur Kenntnis. Die einzige Forderung dazu: Die Entlassungen müssen sozial verträglich sein. Für das 15. Monatsgehalt wollen sie "kämpfen". Wir wollen um jeden Arbeitsplatz kämpfen und alle sozialen Rechte erhalten! Die Belegschaft ist nicht schuld an den Verlusten, sondern unfähige Manager und die Wirtschaftskrise. Privatisierung ist ein direkter Angriff auf die Belegschaft und löst die wirtschaftlichen Probleme der Betriebe nicht. Sie stillt nur die Profitgier der Unternehmer.

Vor Streikbewegungen?

Die Arbeiter der Verstaatlichten Industrie sind die bestorganisierten in ganz Österreich. Gleichzeitig spielen oft Gewerkschaftsfunktionäre eine üble Rolle als Teil des Managements, welches Kürzungspläne mitragt. In den letzten Jahren hat es punktuell Streiks und Widerstand gegen die Zusperrpläne gegeben (z.B.: Steyr). Die Beschäftigten, die bis jetzt eine Fülle von sozialen Rechten erkämpfen konnten, stehen vor einer gewaltigen Angriffswelle auf ihre Existenz. Sie müssen sich jetzt dagegen wehren! Falls die KollegInnen in der Verstaatlichten Kürzungen und Sozialabbau ohne Widerstand hinnehmen, dann ist der Weg frei für den Rest. Daher ist es wichtig, gemeinsame Aktionen zu machen. Solidarität muß mehr als der Name einer Gewerkschaft sein!

Harry Mahrer Antifa-Süd

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und f. l. v.: Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, PF 2 1082 Wien
Druck: TATBlatt, 1090 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier

Menschenhetze durch Gesetze

Es ist noch nicht lange her, da zündete Löschnak, Cap, Busek und einige andere Regierungspolitiker eine Kerze gegen Ausländerfeindlichkeit an. Am 1. Juli 1992 beschlossen genau jene Politiker ein Gesetz, das in vielen Punkten dem "Ausländer-raus"-Begehren der FPÖ entspricht.

"Schick meinen Kumpel nicht weg" war damals auf von der SPÖ bezahlten Plakaten zu lesen. Heute werden viele Kumpels weggeschickt, durch eben jenes Gesetz, das nun seit 1. Juli 1993 in Kraft getreten ist. Das Aufenthaltsgesetz ist das vorläufig letzte Glied in einer Reihe von rassistischen Gesetzen, wie dem Fremden-, Ausländerbeschäftigungs- und Asyl-Gesetz. Der Kern dieser neuesten ausländerfeindlichen Maßnahme besteht darin, daß die Regierung zusammen mit ÖGB, Bundeswirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, Handels- und Landwirtschaftskammer, sowie einigen Ministerien festlegt, wieviele Menschen sich in Österreich niederlassen dürfen. Ausdrücklich festgehalten ist, daß sich der Zustrom von ausländischen Arbeitskräften nach den Bedürfnissen der Wirtschaft zu richten hat. So heißt es z.B.: "Die Bundesregierung kann...entsprechend den Erfordernissen der österreichischen Wirtschaft, Gruppen von Fremden bezeichnen, die insbesondere im Hinblick auf ihre Ausbildung, Kenntnisse oder Erfahrungen oder im Hinblick auf den Transfer von Investitionskapital in bestimmten Wirtschaftszweigen nach Österreich bei der Erteilung von Bewilligungen bevorzugt zu berücksichtigen sind, sowie allgemein oder für bestimmte Gruppen von Fremden Altersgrenzen festsetzen." Aus dem Amtsdeutsch übersetzt, bedeutet das: "Es kommt nur jenes Menschenmaterial herein, welches die Unternehmer brauchen können. Sprich-Tausche jungen kräftigen Tschechen gegen alten, schwachen Türken (oder umgekehrt)."

Außerdem sind für alle jene, die noch keine unbefristete Aufenthaltsbewilligung besitzen (ca. 100.000), zusätzliche Schikanen eingebaut. Zentrales Element ist dabei der § 5, in dem es heißt: "Eine Bewilligung darf Fremden nicht erteilt werden, bei denen ein Sichtvermerksversagungsgrund vorliegt, insbesondere aber, wenn deren Lebensunterhalt oder eine für Inländer übliche Unterkunft in Österreich für die Geltungsdauer der Bewilligung nicht gesichert ist." Laut eines Erlasses des Innenministeriums gilt als ortsbüchliche Unterkunft "10 m² pro Person, viele ausländische Familien leben aber auf weit engerem Raum. Wer eine zu kleine Wohnung hat, arbeitslos

***) Sofortige Abschaffung aller ausländerfeindlichen Maßnahmen. Weg mit Aufenthaltsgesetz und den Quoten für unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen!**

***) Die volle politische und soziale Gleichstellung von ausländischen Kolleginnen und Kollegen auf allen Ebenen. Her mit dem Wahlrecht für Alle!**

***) Den gemeinsamen Kampf von aus- und inländischen Arbeitnehmern und Jugendlichen gegen Sozialabbau und Kapitalismus!**

***) Schluß mit der Kontrolle von Unternehmern, Polizei und Heer über Einwanderung und Beschäftigungslage. Die Arbeiterschaft soll den Arbeitsmarkt selbst kontrollieren!**

***) Für eine weltweit demokratisch geplante Wirtschaft, in der die sozialen und politischen Ursachen für Flucht beseitigt sind!**



Der Arbeitsstrich - Ein Ort, wo Löschnaks Politik die ausländischen Kollegen hinführt

wird, kann abgeschoben werden. Weitere Punkte: "Der Antrag auf Erteilung einer Bewilligung ist vor der Einreise nach Österreich vom Ausland aus zu stellen." Übersetzt bedeutet das: "Wer als Tourist einreist und bleiben will, bekommt keine Bewilligung; eine abgelaufene Aufenthaltsgenehmigung bedeutet automatisch die Abschiebung."

Anträge auf Verlängerung sind so rechtzeitig zu stellen, daß darüber vor Geltungsdauer der Bewilligung entschieden werden kann; solche Anträge sind jedenfalls vier Wochen vor diesem Zeitpunkt zu stellen. Wird über solchen einen Antrag vor Ablauf der Geltungsdauer der Bewilligung rechtzeitig entschieden, so verlängert sich die Geltungsdauer bis zum Zeitpunkt der Entscheidung, längstens aber sechs Wochen." Kurz gesagt: Wer sich nicht rechtzeitig in die Menschenschlangen vor den Magistraten einreicht oder ein Dokument verloren hat, kann abgeschoben werden. Wer einen

langsamem Beamten erwischt (der länger als sechs Wochen braucht), hält sich in einem rechtlosen Zustand in Österreich auf.

Rassismus und ausländerfeindliche Gesetze sind eine Strategie der Kapitalisten, die uns spalten und am gemeinsamen Kampf für unsere Rechte hindern soll. Durch Ausländerfeindlichkeit soll von den wahren Schuldigen an Krise, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit abgelenkt werden. Vorwärts kämpft gegen diese Spaltungversuche und tritt ein für:

Michael Gahmacher
Antifa-Lehrungsgruppe

Für eine sozialistische Arbeiterzeitung!

Lohnrunde: Wer nicht kämpft hat schon verloren

Während bürgerliche Wirtschaftsforscher eine baldige Erholung der Wirtschaft prophezeien, schlägt die Krise für die Arbeiterschaft voll zu. Unternehmer versuchen, sich den durch die Rezession verloren gegangenen Profit von der Arbeiterschaft zurückzuholen!

Den Anfang der Lohnrunden machten die "Metaller". Am 7. September einigten sich Rudolf Nürnberg (Chef der Metallergewerkschaft), Walter Laichmann (Gewerkschaft der Privatangestellten, GPA) und Erich Laminger (Wirtschaftskammer) auf einen Lohnabschluß. Dieses Verhandlungsergebnis gilt für 310.000 Beschäftigte und hat auch Signalcharakter für die darauffolgenden Lohnabschlüsse der anderen Branchen. Nur unaufbare 2,8% Ist-Lohnerhöhung bzw. 3,8% Kollektivvertragsverhöhung hotte die Metallergewerkschaft aus den Verhandlungen heraus. Die Löhne werden um mindestens 6S 500.- und maximal um 6S 900.- angehoben. Weiters vereinbarten Gewerkschaftsführung und Unternehmer eine "Öffnungsklausel". Diese Klausel gibt den rund 1.600 metallverarbeitenden Betrieben die Möglichkeit, eigene Ist-Lohnerhöhungen zu verhandeln, bzw. die Löhne nicht zu erhöhen! Das dadurch gesparte Geld soll dann für "arbeitsplatzhaltende Maßnahmen" verwendet werden.

Die drei Haken der Öffnungsklausel

- 1.) Der Bruch der Tarifautonomie (bisher gleicher KV-Lohn in der ganzen Branche) wird zu einer Nivellierung der Löhne nach unten führen.
- 2.) Betriebsräte (die dann mit den Chefs verhandeln) können super erpresst werden, indem der Chef mit Entlassungen droht.
- 3.) Etwa 2/3 der Metaller arbeiten in der Verstaatlichten Industrie. Auf Grund der dortigen Misere können alle möglichen kleinen Geldspritzen als "arbeitsplatzhaltend" bezeichnet werden. Es kann also leicht in verschiedenen Bereichen Null-Lohnrunden geben. Gerade die Verstaatlichte ist aber eine Hochburg der Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie. Ist die dortige Position schwach, wird sich das auch auf die Metaller im "privaten Bereich" verheerend auswirken.

Die Öffnungsklausel ist daher für uns Marxisten prinzipiell inakzeptabel! Interessant ist auch, wie der Abschluß zustande kam; er wurde nämlich auf einem Industrie-gipfel ausgeschminkt und dem Verhandlungskomitee zur Absegnung unterbreitet. Viele Arbeiter und Angestellte sehen sich nicht umsonst einem finanziellen Kollaps



Eine bessere Antwort auf die Attacken der Unternehmer

gegenüber. Alles wird teurer (Zigaretten um 6S 1.-, Grundnahrungsmittel kontinuierlich, die Bahnkartenpreise sollen um ca. 4,5% ansteigen, usw.). Die Teuerungsrate liegt im Durchschnitt bei 3,8%, eingependelt. Mit der Erhöhung um 2,8% haben die "Metaller" schon einen realen Lohnverlust, wenn die Betriebe nun auch noch die 2,8% streichen (Anmeldefrist ist der 31. Oktober; bis dahin müssen die einzelnen Betriebe die "Null-Lohnrunde" bekanntgeben), gehen viele ganz leer aus. Daß das den Arbeitsplatz sichert, ist eine Lüge! Durch Lohnverzicht ist noch kein einziger Arbeitsplatz gerettet worden.

Doch eine Berufssparte trifft es noch härter. Die rund 14.400 Beschäftigten der Papierindustrie müssen sich mit einer einmaligen Sonderzahlung in der Höhe von 6S 3.000.- zufriedengeben. Die Lohnverhandlungen nächstes Jahr gehen dann von der Basis '92 und nicht '93 aus, die Arbeiter verlieren um etwa die Inflationsrate eines Jahres. Die Gewerkschafter sowie die Unternehmer sind mit dem Ergebnis der Lohnverhandlungen zufrieden. Die Gewerkschaftsbürokratie stellte das Resultat sogar als Erfolg dar. Kein Wunder - die Gehälter der Gewerkschafter liegen um ein Vielfaches über den Löhnen und Gehältern der Leute, die sie zu vertreten vorgeben. Die Folge sind weitere Austritte aus den Gewerkschaften.

Die rund 760.000 öffentlich Bediensteten sind die nächsten die mit Sozialabbau zu rechnen haben. Staatssekretär Kostelka und BWK-Präsident Maderthaler wollen den Beamten höchstens 2% Lohnerhöhung zugestehen. Eine "Null-Lohnrunde" sei auch ein gangbarer Weg. Der Vorsitzende der GÖD (Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten), der ÖVP-ler Dohr, will sich damit aber nicht abfinden. Er fordert für die Beamten eine Lohnerhöhung um rund 4%, 1% Lohnerhöhung kostet dem Staat ca. 1,8

Mrd. Eine Erhöhung um 4% käme dann auf rund 7,2 Mrd. Schilling. Doch so sehr sich Dohr für die Beamten einsetzt, so unsolidarisch verhält er sich zu den Metallern. Er spielte nämlich die Interessen der Metaller und die Interessen der Beamten gegeneinander aus. Was anderes kann man auch von einem bürgerlichen Gewerkschafter nicht erwarten. Im Vorfeld der Lohnrunde wird auch die Pragmatisierung - die Sicherheit einen Arbeitsplatz zu haben - in Frage gestellt. Geht es nach den Arbeitgebern, soll die Wartezeit auf den Status der Unkündbarkeit 10 Jahre statt der bisher 2-3 Jahre betragen. Doch selbst wenn dieser Status erreicht wird, bedeutet es in Zeiten der Krise überhaupt nichts. Schon jetzt sind pragmatisierte Beamte nicht mehr unkündbar. Aber trotzdem sollte jeder (Beamte, Arbeiter, Angestellte) das Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz - sprich Pragmatisierung - haben.

Was tun die Gewerkschaften

Im großen und ganzen zeigen und zeigten die Lohnrunden, auf welcher Seite die Gewerkschaftsführer stehen. Sie agierten viel zu lasch, vertraten nicht ausreichend die Interessen der Arbeiter und Angestellten (z.B.: Öffnungsklausel, realer Lohnverlust, usw.) und verabsäumten es, den Unternehmern ordentlich Paroli zu bieten. Kein Wort einer 35-Stunden Woche, die 366.563 neue Arbeitsplätze schaffen und 26,7 Milliarden Schilling bei den Arbeitslosenentgeldern einsparen würde, kein Wort eines 12.000 Mindestlohnes, kein Wort vom Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz. Auch die letzte Konsequenz wurde nicht gezogen. Facharbeiterlohn für Gewerkschaftsfunktionäre, damit sie wissen, wen sie zu vertreten haben.

Harald Kratochvila, SJ 20

Die französischen Flughafenarbeiter zeigen, wie's geht

Schon bald nach der Abwahl der Sozialdemokraten startete die neue bürgerliche französische Regierung die ersten Angriffe auf die französische Arbeiterschaft. Einer der Hauptattacken war der Abbau von 4000 Arbeitsplätzen bei der französischen Fluglinie Air France. Doch das Bodenpersonal wehrte sich mit Streik - und zwar erfolgreich! Denn jetzt hat die französische Regierung klein beigetragen und die 4000 Entlassungen zurückgenommen. Der Präsident der Air France, Bernard Attali, ist zurückgetreten. Dieser beispielhafte Teilserfolg erreicht werden, weil die Flughafenarbeiter sich sofort und entschieden gewehrt hatten. Als die ersten Kündigungslisten auf dem Tisch waren, ging die gesamte Belegschaft in Streik und das Bodenpersonal besetzte die beiden großen Pariser Flughäfen Orly und Charles de Gaulle. Die Landebahnen wurden mit Gepäckträgerwagen versperrt und die Eingänge verbarriadiert. Außerdem wurden Streikposten mit Eisenstangen und Helmen ausgerüstet, auch Lebensmittelvorräte wurden angelegt. Die Regierung versuchte mit Polizei und Spezialeinheiten den Streik

zu beenden, dabei wurden sogar Tränengasgranaten mit Granatwerfern über die Barrikaden geworfen. Spezialjeeps versuchten die Barrikaden zu durchbrechen. Doch das alles scheiterte am Widerstand der Arbeiter. Aus Angst vor der Solidarität der französischen Transportarbeiter hatte die Regierung eingelenkt. Die Gangart, die die französischen Kollegen gewählt hatten, wäre bei uns und in anderen europäischen Ländern genau das richtige, um die harten Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Die Streikdrohung des AJA-Betriebsrates ist ein Schritt in die richtige Richtung, im Falle eines Streikes müßte aber genauso entschieden gehandelt werden. Betriebsrat und Belegschaft der AJA sollten sich nicht von Sprüchen wie: "In Österreich kann man das nicht machen, die Leute spielen da nicht mit!" von der Gewerkschaftsführung beirren lassen. Gerade weil auch jetzt in Österreich die Angriffe in vielen Sparten immer härter werden, wäre eine Solidaritätsentwicklung wie in Frankreich durchaus möglich!

Michael Gehmacher
Antifa-Lehrlingsgruppe

KAMPFFONDS



275.000.-
220.000.-
183.781.-
165.000.-
110.000.-
55.000.-

Die letzten zwei Monate waren vor allem von Aktionen gegen das Aufenthaltsgesetz geprägt. Deshalb war natürlich auch unsere letzte Nummer "Weg mit dem Aufenthaltsgesetz" ein voller Erfolg. Auf den zwei Demos im September gegen das rassistische Gesetz machten wir über 6S 3000.- Kampffonds und auf Kongress und Demo des Antifa-Komitees knapp 6S 4000.-. Auf dem Volksfest waren bei unserer Veranstaltung "Rote Antworten auf blaue Hetzer" etwa 30 Teilnehmer, es gab eine Einzelspende von 550.- und insgesamt machten wir 3508.- Kampffonds. Außerdem gab es noch zwei Einzelspenden von jeweils 6S 1000.-. Im September und Oktober konnten wir 85% unseres Zielles erreichen. Mit eurer Hilfe wird es uns gelingen, in Zukunft noch aktiver gegen Rechte und Sozialabbau zu kämpfen. Wenn ihr Weihnachtsgeld bekommt, vergißt nicht, daß auch für uns jeder Schilling wichtig ist. Mit eurer Hilfe wollen wir unser Ziel bis Jahresende erreichen.

Spendenkonto
PSK 8812.733

Fortsetzung von Seite 16
Für Gastarbeiterkinder, die im Ausland leben (aber in der Regel natürlich trotzdem von den Eltern aus dem Inland erhalten werden!), wird der Kinderabsetzbetrag von 6S 350.- im Monat gestrichen.

Eine weitere Bevölkerungsgruppe, die Angriffen ausgesetzt sind, stellen die StudentInnen dar. Die Heimfahrthilfe wird nicht mehr bar ausgezahlt, sondern erfolgt in Form eines ÖBB-Gutscheins. Eine Arbeitsgruppe soll eine Neuregelung der Familienbeihilfe für StudentInnen, suchen. Außerdem entfällt die SchülerInnen- und StudentInnenfreifahrt bei Fahrtstrecken unter zwei Kilometern. Für Kinder aus Arbeiterfamilien wird es immer schwieriger zu studieren, denn ohne diverse Nebenjobs (die schwer zu finden sind!) wird für sie ein Studium nicht mehr finanzierbar sein. Voll und ganz auf ihr Studium konzentrieren können sich in Zukunft wieder nur mehr die Kinder der Reichen!

Kurz: Gespart wird ausschließlich bei all jenen, die schon jetzt jeden Schilling dreimal umdrehen mußten: PensionistInnen, AlleinerzieherInnen, kinderreiche Familien, StudentInnen und Arbeitslose, deren Zahl aufgrund der Krise monatlich steigt! Angesichts dieses Ergebnisses drängt sich freilich die Frage auf, wie es zu der sogenannten "Koalitionskrise" kommen konnte, da die SPÖ-Führung einmal mehr ihrer Aufgabe als ArbeitnehmerInnenvertretung nicht nachkam und die großen Gegensätze zum Koalitionspartner nicht gerade offensichtlich waren. Im Gegenteil: Die Spamaßnahmen werden maßgeblich von den SPÖ-Mitgliedern in der Regierung und von der SPÖ-Führung unterstützt.

Die Unternehmer und Reichen bleiben ohne jeglichen Protest von der SPÖ-Führung weitgehend verschont; Gewerbe- und Vermögenssteuer werden fallen.

Spät, aber doch, gab es bei der ÖGB-Frauen-Chefin Irmgard Schmidtleitner (SPÖ) nach Bekanntgabe einiger Budget-Details ein "großes Erwachen": Schmidtleitner lehnte vor allem den prozentuellen Kinderzuschlag zur Arbeitslosenunterstützung und die Abschaffung der Kinderabsetzbeträge für Kinder ausländischer ArbeitnehmerInnen, die im Ausland leben, ab. Es bleibt zu hoffen, daß Schmidtleitner nicht die einzige Gewerkschafterin bleibt, die es wagt, die arbeitnehmerInnenfeindliche Politik zu kritisieren und sich gegen den geplanten Sozialabbau auszusprechen.

Bis jetzt ist es der Koalition gelungen, die ArbeitnehmerInnen gegeneinander auszuspielen. Im Widerstand gegen Sozialabbau brauchen wir eine geeinte Front aller Gewerkschaften, ArbeiterInnen und sozial Schwachen!
Sybille Uhada

Rußland: Diktatur im

Die Auflösung des Parlaments markierte einen weiteren Wendepunkt in Rußlands Entwicklung. Was steckte hinter den Ereignissen rund um das "Weiße Haus" und was hat Rußlands Arbeiterklasse von der Zukunft zu erwarten?

Anfang Oktober führten zum zweiten Mal innerhalb von gut zwei Jahren Panzer in Moskau auf! Wie konnte es dazu kommen? Am 21. September löste Präsident Jelzin das Russische Parlament auf, um mit sofortiger Wirkung per Dekret zu regieren. Jelzin hat damit einen weiteren Schritt in Richtung Diktatur gesetzt. Diesen Schritt beantwortete das Parlament mit der Abwahl Jelzins und der Ernennung Ruzkoi zum neuen Präsidenten. Doch war das bereits die Entscheidung eines machtlosen Parlaments, das in Wirklichkeit keine Bedeutung mehr hatte. Am 3. Oktober standen in Moskau Panzer und Spezialeinheiten von Militär und Polizei vor dem bereits von der Außenwelt abgeschnittenen Parlament. Am 4. Oktober wurde das Parlament, in dem noch immer eine Gruppe Abgeordneter um "Gegenpräsident" Ruzkoi und Parlamentspräsident Chasbulatov waren, mit Panzern und Granaten beschossen. Während das Parlament brannte und Jelzins Hauptgegner, Ruzkoi und Chasbulatov verhaftet wurden, wurden mehr als 1.000 andere, die das Parlament verteidigt hatten, zusammengeschlagen. Sie wurden in Bussen ins Fußballstadion gebracht - genau wie in Chile nach dem Militärputsch von 1973! Für 12. Dezember setzte Jelzin Neuwahlen an.

Was wollte Jelzin?

Jelzin ging es darum, das Parlament, in dem Ex-Stalinisten, Bürokraten, Nationalisten, Monarchisten und Faschisten sich zu einer "unheiligen Allianz" zusammengeschlossen hatten, endgültig zu entmachten um seine Politik besser durchsetzen zu können. Das heißt eine Unterwerfung Rußlands unter die Klauen von IWF (Internationalem Währungsfond) und Weltbank. Diese fordern eine rasche Privatisierung und eine Bekämpfung der Inflation, die derzeit ca. 30% monatlich beträgt. Das würde bedeuten, daß 20-30% der russischen Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren würden. Außerdem würde der Lebensstandard durch diese Schocktherapie weiter rasant sinken. Doch dagegen würde sich das Parlament zur Wehr setzen, oder könnte von protestierenden Arbeitern als Vertretung gese-



Chasbulatov oder Jelzin - Pest oder Cholera

hen werden. Außerdem könnte die Opposition bei einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage, ähnlich wie in Polen und Litauen, wieder an die Macht kommen.

Wofür stand das Parlament?

Chasbulatov, Ruzkoi und die anderen Führer der Opposition standen nicht, wie in unseren Medien immer wieder berichtet wird, für die Wiedererrichtung des alten Systems und den Weg zurück zur Planwirtschaft. Ruzkoi forderte nur eine langsame Einführung des Kapitalismus. Er wollte einen gewissen Einfluß des Staates (nicht der Gewerkschaften!) bei den Arbeitsbedingungen. Auch sie fordern Markt-reformen, wollen aber vor allem die kapitalistische Restauration in ihren Händen kontrollieren und ihre Privilegien sichern. Sie wollen die jetzigen Fabriksdirektoren (mit denen sie zum Teil ident sind) zur neuen Kapitalistenklasse machen. Doch dafür brauchen sie Zeit und Kredite von den ebenfalls von ihnen vertretenen Nationalbankchefs. Die Verteidiger des Parlaments wollten nicht die Demokratie retten oder die Interessen der Arbeiter schützen, sie sind für ein großes, starkes Rußland, das nicht vom Westen abhängig ist. Am deutlichsten wurde die politische Haltung der "unheiligen Allianz" als Ruzkoi einige "starke, aufrechte, junge Männer" begrüßte, die gekommen waren, um das Parlament zu unterstützen. Eine halbe Stunde später exerzierten etwa 200 dieser "starken Männer" in Uniformen mit faschistischen Abzeichen und dem Hitler-Gruß.

Die Interessen des Westens

Alle westlichen Mächte unterstützten Jelzin anfangs uneingeschränkt. In den bürgerli-

chen Medien wurde er immer als der einzige Demokrat hingestellt. Doch wie demokratisch er ist, hat er unter Beweis gestellt. Das Verfassungsgericht hat die Auflösung des Parlaments als verfassungswidrig verurteilt. Darum wurde dem Verfassungsgericht - genauso wie dem Parlament - der Strom und das Telefon abgedreht. Der Westen braucht Jelzin als starken Mann in Rußland, um die Profite zu sichern und die kapitalistische Restauration voranzutreiben. Jelzin hat mit Jegor Gaidar auch "seinen" Wirtschaftsfachmann wieder zurückgeholt, nachdem er vom Parlament abgewählt wurde. Gaidar gilt als Verfechter des monetaristischen Weges zum Kapitalismus (d.h. der Staat mischt sich nicht in die Wirtschaft ein). Dieser Weg wird vielen Arbeitern in Rußland den Job kosten und noch mehr Leute in absolute Armut treiben. Darum ist für Jelzin neben der Liquidierung der Opposition auch die Militär sehr wichtig, um etwaige zukünftige Aufstände niederzuzumetzeln. Doch könnte die Stimmung der Militärs, die jetzt noch auf Jelzins Seite stehen, sehr rasch umschlagen. Immerhin konnte manchen Truppen der Sold der letzten beiden Monate nicht ausbezahlt werden. Und Militärs, die einer Regierung einmal aus der Patsche geholt haben, werden auch in Zukunft mehr Mitspracherecht und eine stärkere Rolle im Staat verlangen.

Pest und Kollera

Der wichtigste Punkt im Machtkampf in Moskau war allerdings die Passivität der russischen Arbeiterklasse. An der größten Demonstration für Jelzin nahmen nur ca. 10.000 Leute teil. Das wäre vergleichbar mit einer Demonstration in Wien, an der 1000 Leute teilnehmen - und das in einer

Namen der Demokratie

Zeit einer Regierungskrise und eines Kampfes um die Macht im Staate. Die Arbeiter erkannten, daß weder Jelzins radikaler Kurs, noch der vom Parlament geforderte "langsame Weg" zum Kapitalismus, eine Verbesserung ihres Lebensstandards bringen würden. Beide Seiten würden auch ihre demokratische Rechte beschränken. Jelzin hat das bereits getan, indem er verschiedene Parteien und Organisationen, sowie einige Zeitungen verbot. Außerdem verhängte er eine Zensur über alle Zeitungen Rußlands. Chasbulatov, Ruzkoi und die ande-

ren Oppositionsführer würden allerdings sicher auch nicht besser sein - was will man schon von Ex-Stalinisten, Nationalisten, Monarchisten und Faschisten erwarten. Beiden Seiten ging es nicht um die Erhaltung der Demokratie oder von demokratischen Rechten. Das war nur Rhetorik mit der sie ihre wirklichen Interessen verdeckten.

Die Arbeiter müssen sich organisieren

Wie in einem Flugblatt unserer russischen Schwesterzeitung "Arbeiterdemokratie" richtig steht: "Die arbeitenden Menschen müssen sich unabhängig von allen Vertretern der herrschenden Klasse mit ihren eigenen Forderungen organisieren..."

* Nein zur Macht einer Person und Regierung per Dekret.

* Nein zu Jelzins Neuwahlen, wo nur die Reichen und Auserwählten kandidieren können.

* Für volle, freie Wahlen einer Vertretung,

um der Arbeiterklasse den Kampf für die Mehrheit zu erlauben.

* Diese Vertretung muß eine Verfassung erarbeiten, die alle demokratischen und sozialen Rechte des Volks garantiert und die Führung des Landes wählt.

* Nein zu den Vollmachten des Präsidenten und Nein zur Zweiten Kammer, die die Volksvertretung unmöglich macht.

* Unterstützung von Kandidaten, die in den Wahlen gegen Privatisierung, Arbeitsplatzabbau und Kürzungen im Sozialbereich sind, für einen Mindestlohn, der für ein würdiges Leben ausreicht und für freie Ausbildung, Gesundheitswesen, billige öffentliche Verkehrsmittel und für Wohnungsforderungen organisieren...

* Für wirklich unabhängige Gewerkschaften, auch in Armee und Polizei, und eine echte Arbeiterpartei."

Richard Klug
Vorsitzender der SJ 6

Die Wahlen am 12. Dezember

Jelzin hat seine eigenen Gouverneure in Novosibirsk und Amorskaya gefeuert. Das Verfassungsgericht ist isoliert und aufgelöst. Jelzin hat ein neues "Armee-Dekret" erlassen und die Sauberung der Armee ist weitgehend abgeschlossen. Der "Föderationsrat" wurde suspendiert und für 12. Dezember wurden Neuwahlen ausgeschrieben.

Die neue Duma soll 450 Abgeordnete fassen. Nur 225 von ihnen sollen direkt vom Volk gewählt werden - das ist ein Abgeordneter für 750.000 Einwohner. Die anderen 225 Sitze werden zwischen Parteien und Organisationen im Verhältnis der Wählerunterstützung aufgeteilt. Aber um kandidieren zu dürfen, müssen mindestens 100.000 Unterschriften in mindestens sieben verschiedenen Regionen gesammelt werden - und das bis 7. November! Nur die Reichen werden derartige bürokratische und finanzielle Hindernisse überwinden können. Für viele Parteien und Organisationen, die noch nicht verboten wurden, wird dadurch eine Kandidatur unmöglich.

Gaidars neue Partei ist eine Partei von Geschäftsleuten und "Professionellen". Ihre Wahlkampagne ist gut finanziert und hat bereits begonnen. Die Pro-Jelzin-Medien werden lauter und es wird eine baldige Erholung der Wirtschaft versprochen. Ein Minister Jelzins behauptet bereits, daß die Inflation im Dezember "nur" noch 10% (monatlich) betragen wird.

Doch das kann nur durch Werkschließungen, Massenentlassungen und weitere Senkung des Lebensstandards erreicht werden.

Oktober 1917

Die wirkliche Arbeiterrevolution

Die russische Revolution vom Oktober 1917 führte zur Machtübernahme der Arbeiterklasse in der Gesellschaft. Das brachte die ganze Welt in Aufruhr. Überall sahen die Arbeiter, daß es möglich ist, die Königshäuser, Kapitalisten und ihre Anhänger hinwegzujagen.

Die Revolution wurde von der Partei der Bolschewiki angeführt, die die Massenunterstützung in der Arbeiterklasse hatte. Zum erstenmal sahen die Arbeiter, daß der Sozialismus nicht nur ein Traum ist. Es war die friedlichste Abtötung eines Gesellschaftssystems in der Geschichte.

Der Oktober 1917 war nicht ein einfacher bewaffneter Aufstand. Im ganzen Land hatten die Bolschewiki Massenunterstützung und waren enorm populär. Ihr Slogan "Brot, Frieden und Land" stieß auf sofortiges Echo, vor allem in den Sowjets, den Arbeiterräten, die sich im ganzen Land bildeten.

Nur durch die Intervention von 21 kapitalistischen Regierungen hatten die weißen Gardien genug Ressourcen, um einen Bürgerkrieg zu entfachen, der Rußland drei Jahre lang erschütterte. Die Repräsentanten des Kapitalismus hatten Angst, daß sich der Geist der Revolution in der ganzen Welt ausbreiten könnte.

Leo Trotzki, gemeinsam mit Lenin der "Architekt" der Oktoberrevolution und Gründer der Roten Armee, war nach Lenins Tod der herausragendste Kämpfer gegen das Monster der stalinistischen Diktatur.

Trotzki propagierte die Alternative der Arbeiterdemokratie, deshalb ließ ihn Stalin aus der Kommunistischen Partei ausschließen und des Landes verweisen, jagte ihn von Land zu Land, brachte Familienmitglieder Trotzkis um und ließ schließlich Trotzki selbst ermorden. Stalin führte einen einseitigen Kampf gegen die politischen Errungenschaften der Oktoberrevolution.

Die wirklichen Erben der Oktoberrevolution sind nicht die Verteidiger des weißen Hauses gewesen, sondern diejenigen, die für Arbeiterdemokratie und Sozialismus kämpften.



Uno: Der verlängerte Arm der USA

Seit dem Zusammenbruch des Stalinismus gewannen die sogenannten Vereinten Nationen wieder an Bedeutung. In den letzten vier Jahren gab es mehr "friedenserhaltende" Operationen als in den vergangenen 40 Jahren. Kann die UNO den überall anschwellenden Nationalitätenproblemen und den dadurch aufflammenden Bürgerkriegen Einhalt gebieten? Oder kann sie es verhindern, daß die USA als einzige verbleibende wirtschaftliche und militärische Supermacht quasi unkontrollierte Weitherrschaft ausübt?

Geschichte und Struktur der UNO

Die UNO wurde nach dem zweiten Weltkrieg von 51 Staaten gegründet. Die Initiative dazu ging von der Anti-Hitler-Koalition, den fünf Siegermächten (USA, UdSSR, GB, F, China) aus, nachdem sie Nazi-Deutschland besiegt hatten.

Sie hatte 1984 159 Mitglieder und jetzt sind es durch die Neubildung vieler Staaten um einige mehr. In ihrer Charta setzte sich die UNO hochgesteckte Ziele wie die Verhinderung eines neuen Weltkrieges, die friedliche Zusammenarbeit der Staaten, die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit.

Die wichtigsten Organe der UNO sind die Vollversammlung und der Sicherheitsrat. Andere Gremien sind der Wirtschafts- und Sozialrat, der Treuhandschaftsrat, der Internationale Gerichtshof und das Sekretariat.

Die Vollversammlung tritt jährlich in ordentlichen Jahrestagungen zusammen. Hier sind die Nationen formal gleichberechtigt. Abgestimmt wird mit einfacher oder Zweidrittelmehrheit. Der Sicherheitsrat, der eigentlich die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens hat, sichert in Wirklichkeit die Machtaufteilung unter den stärksten Länder über den Rest der Welt. Er verletzt auch aufs grösste die Gleichberechtigung der Nationen. Er besteht aus fünf ständigen Mitgliedern (USA, Russland, GB, F, China; über die Teilnahme Deutschlands und Japans wird im Moment diskutiert) und zehn nichtständigen (im Rotationsverfahren wechselnde) Mitgliedern, die von der Vollversammlung für zwei Jahre gewählt werden. Die fünf ständigen Mitglieder haben ein Vetorecht gegen Beschlüsse und außerdem kann der Sicherheitsrat Beschlüsse annehmen, die

für alle Mitglieder bindend sind. Für die ständigen Mitglieder gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Dieses Gremium garantiert daher die Vorherrschaft der Imperialisten über die ausgebeuteten Nationen.

Das gilt verstärkt, seitdem der Stalinismus zusammengebrochen ist. Denn früher konnten diese Länder die UNO entweder lahmlegen oder sich auf einen mehr oder weniger faulen Kompromiß mit den USA und Co. einlassen. Vom Charakter der UNO zeugt auch die Tatsache, daß nicht nur der Sicherheitsrat dominiert, sondern die UNO-Gremien und UNO-Botschafter nicht demokratisch gewählt sind. Außerdem sind die Mehrheit der Mitgliedsländer der UNO blutige Diktaturen, die in der Charta vereinbarten Menschenrechte mit den Füßen treten.

Aktionen der UNO

Auffallend an den Resolutionen und den konkreten Aktionen der UNO ist, daß nur die Resolutionen praktisch umgesetzt werden (durch Boykotte, Sanktionen, Blockaden und militärisches Eingreifen), die im Interesse der Imperialisten sind. Das ist auch nicht sehr verwunderlich, denn erstens kann wie oben ausgeführt der Sicherheitsrat bestimmen, wo praktisch losgelegt wird und zweitens ist die ganze UNO von den USA finanziell abhängig. Und die zahlen nur dann, wenn sie in Aktionen Sinn für sich selbst sehen. Das bedeutet dann, daß die Menschenrechte nur dort wichtig sind, wo z.B. Öl fließt.

Das läßt sich durch einige Beispiele aus der Geschichte der UNO nachweisen. In ihren Anfangstagen traten die Vereinten Nationen offen auf Seiten der Imperialisten militärisch auf den Plan. Beispiele sind der Kongo- und der Koreakrieg. Der Vietnamkrieg, in dem die USA ein ganzes Volk massakrierten, weil sie Angst davor hatten, daß der Kapitalismus in weiteren Ländern gestürzt wird, wurde in den UNO-Gremien nicht einmal diskutiert. Es wurden zwar ab und zu unter Druck des Stalinismus und der Länder der dritten Welt antiimperialistische Resolutionen beschlossen, aber wenn sie nicht im Interesse der USA lagen, waren sie nicht mehr wert, als das Papier auf dem sie gedruckt waren. Bestes Beispiel: UNO-Resolution von 1967, die den Abzug Israels aus den besetzten Gebieten fordert. Aber da Israel der wichtigste Verbündete des Westens in

dieser Region ist, wurde nichts unternommen, um die Resolution durchzusetzen. Für das rassistische Südafrika, das jahrzehntelang Namibia gegen UNO-Beschlüsse besetzt gehalten hat, gilt dasselbe. Wenn die USA das "Völkerrecht" verletzt haben,

UNO und "Neue Weltordnung"

In letzten Jahren gab es eine Explosion von "friedenserhaltenden" Operationen, während sich die Anzahl von Bürgerkriegen kaum verändert hat. Kämpfen vor zwei

ten" Kuwait die undemokratische Herrschaft des Scheichs abgeschafft. Als kurz nach Befreiung der Ölquellen, die Kurden von Saddam neuerlich massakriert wurden, sah man sich im Sicherheitsrat nicht mehr zu Aktionen gezwungen.

Somalia

Wie sieht das Ganze nun in Somalia aus? Anfangs erlagen nicht wenige der Utopie, die UNO würde wirklich einmal groß einschreiten, um humanitäre Hilfe zu leisten, litt das Land ja an einer schrecklichen Hungersnot. Aber seit man die Bilder gesehen hat, wie die UNO-Soldaten brutalst gegen unbewaffnete Demonstranten vorgingen, wurden dann doch viele nachdenklich.

Die wahren Hintergründe der Intervention sind wieder einmal wirtschaftlicher und strategisch-politischer Natur. Einerseits will man Ruhe herstellen. Denn 1991 wurde der (seit 1977) von den USA unterstützte Diktator Siad Barre gestürzt. Sie wollen daher ein neues Marionettenregime installieren, das nach ihrer Pfeife tanzt. Und dann gibt es noch die Tatsache, daß im Weltbankbericht von 1991 davon die Rede ist, daß in Somalia gewaltige, äußerst ertragreiche Erdölvorkommen und weitere Bodenschätze festgestellt wurden. So ist es auch nicht verwunderlich, daß obwohl die Intervention offiziell das Ziel hat, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen und den Frieden wiederherzustellen, nur 10% des UNO-Budgets für humanitäre Hilfe verwendet werden.

Sozialisten und UNO

Diese Tatsachen sollten klarmachen, daß Sozialisten in die UNO kein Vertrauen haben können. Bloß weil die UNO eine internationale Organisation ist, verkörpert sie nicht das Prinzip der internationalen Solidarität. Wollte die UNO z.B. wirklich die Gleichberechtigung der Nationen durchsetzen, dann müßte sie sofort die Vorherrschaft des Sicherheitsrates und der in ihm

vertretenen Nationen abschaffen. Das ist aber ganz und gar utopisch. Einziges Resultat wäre, daß die in ihm vertretenen Staaten wie die USA wieder einmal die Zahlungen einstellen und die UNO daher handlungsunfähig wäre. Wir treten daher nicht für die Reform der UNO ein, sondern für den Sturz des Imperialismus und Kapitalismus und die Gründung einer sozialistischen Staatengemeinschaft, die wirklich auf der Gleichberechtigung der Völker beruht und in der die Vertreter demokratisch gewählt sind. *David Mum*

Imperialismus

Seit der Kapitalismus bei der Jahrhundertwende in sein imperialistisches Stadium getreten ist, hat er die Welt in zwei Gruppen von Ländern eingeteilt: imperialistische Nationen sowie koloniale und halbkoloniale Länder.

- die imperialistischen Nationen haben den Rest der Welt vollständig in Kolonien und Einflusssphären eingeteilt. Sie nutzen diese aus, um aus ihnen billige Rohstoffe und Arbeitskräfte rauszupressen.

- Koloniale und halbkoloniale Länder konnten sich nicht unabhängig entwickeln. Ihre Wirtschaftsstrukturen wurden den Bedürfnissen der "Mutternation" angepaßt und machen eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung oder Versorgung der einheimischen Bevölkerung praktisch unmöglich. (Monokulturen, einseitige Industriestrukturen, nur Rohstoffe,...). Kolonien sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch abhängig. Die Imperialisten haben dort ein eigenes Verwaltungssystem aufgebaut. Halbkoloniale Länder sind zwar formell unabhängig, aber wirtschaftlich nach wie vor ausgeliefert.

Der Kapitalismus hat in seinem imperialistischen Stadium seine fortschrittliche Rolle beendet, vielmehr bedeutet er "Reaktion auf der ganzen Linie". Er hält die Mehrzahl der Welt in Unterentwicklung und Elend, obwohl die Ressourcen und Technologien längst ausreichen würden, um der Armut den Gar aus zu machen. Auch politisch bedeutet er die Zurückdrängung demokratischer Rechte. Gesellschaftlicher Fortschritt kann dieses System nicht mehr bringen, sondern nur sein Sturz.



ist die UNO blind. Beispiele sind Grenada oder Panama, wo die USA 6.000 Leute umbrachten, um den Diktator Noriega, den sie zuvor noch unterstützten, einzufangen und vor ein Gericht zu stellen.

Eines der grausamsten Beispiele, bei dem die UNO untätig zusah, war die Militärdiktatur von Indonesien. Diese hat nicht nur im eigenen Land knapp eine Million Menschen ermordet, sondern auch im Land West-Irian ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausgerottet. Dieser Massenmord wurde von der UNO einige Male scharfsten verurteilt, aber zog keinerlei praktische Maßnahmen nach sich. In Angola hinterließen die UNO nach ihrem Rückzug einen fast dauernden Bürgerkrieg.

Wir können also festhalten, daß gegen die Übertretung von UNO-Beschlüssen nur dann militärisch vorgegangen wird, wenn das der (US-)Imperialismus auch will.

Jahren 15.000 Friedenserhalter, so sind es heuer 55.000, die in 14 Operationen eingesetzt sind. Das war natürlich auch mit steigenden Kosten verbunden. Diese wuchsen von 1990-91: 819 Millionen \$ auf 1,5, 1992 und 2,5 1993. Die "Friedenserhaltung" ist nun die größte Aktivität der UNO. Die Imperialisten zahlen diesen Preis, um unter dem Deckmantel einer internationalen Legitimation handeln zu können. Die USA, die der UNO noch 2.200 Millionen \$ schulden, zahlten prompt 600 Millionen nach.

Im Golfkrieg, in dem die USA-Streitkräfte unter US-Befehl, aber mit UNO-Legitimation auf das kuwaitische Öl vor dem Irak Saddam Husseins retten wollten, mußten 200.000 Irakis ihr Leben lassen. Offiziell sollte dieser Krieg den Diktator Hussein in die Knie zwingen, aber das war, wie es jetzt ersichtlich ist, nicht das Kriegsziel. Weder ist Hussein gestürzt, noch wurde im "befrei-

Marxismus aktuell

Die Freiheit die wir meinen

Als Marxisten streben wir den Sturz des Kapitalismus an. Doch wie soll das funktionieren? Welche Rolle spielen dabei Staat, Wahlen und Parlament? Wollen wir eine Diktatur oder wirkliche Demokratie?

Klassenkämpfe

Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Im Kapitalismus, wo die Arbeiterklasse mit Abstand die stärkste gesellschaftliche Kraft ist, kämpfen Unternehmer und Arbeiter manchmal offen, manchmal verdeckt gegeneinander. Klassenkämpfe können entstehen, wenn die Unternehmer die Kosten einer Krise (die es im Kapitalismus immer wieder gibt) auf die Arbeiter abwälzen wollen, aber auch, wenn die Arbeiterklasse durch höhere Löhne einen Anteil am Aufschwung haben will. Die Unternehmer haben viele Strategien entwickelt, um die Arbeiterklasse zu spalten: Durch Trennung in Ausländer und Inländer, Arbeiter und Angestellte, ... Eine wichtige Stütze der Kapitalisten stellen dabei die großteils von ihnen kontrollierten Medien dar. Der Hauptgrund, warum der Kapitalismus trotz seiner Unfähigkeit die Menschheit weiter zu entwickeln noch immer an der Macht ist, liegt darin, daß es ihm gelingt, die Arbeiterklasse aufzuspalten, ihre Führer einzukaufen.

Die Rolle der Marxisten

Marxisten müssen bei den konkreten Forderungspunkten von sozialen Kämpfen ansetzen und den Zusammenhang zu grundsätzlichen Fragen herstellen. Je stärker die Verankerung von sozialistischen Ideen, je geschlossener die Arbeiterbewegung für eine Veränderung kämpft, desto leichter ist eine sozialistische Veränderung. Die Aufgabe der Marxisten ist es, gegen alle bürgerlichen Ideologien in der Arbeiterbewegung zu kämpfen. Sie kämpfen gegen den rechten Kurs und die bürgerliche Politik der SPÖ und Gewerkschaftsführung, aber auch gegen alle bürokratischen Ausgrenzungsversuche von Marxisten aus diesen Organisationen. Die Voraussetzungen für einen Sturz des Kapitalismus sind eine in Kämpfen bewußt gewordene Arbeiterklasse und eine starke marxistische Kraft.

Demokratie, Wahlen und Parlament

Marxisten wollen eine Gesellschaft, in der

die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung - die Arbeiterklasse - die Kontrolle über alle Bereiche des Lebens ausübt. Eine demokratisch gewählte Verwaltung in Wirtschaft, Politik, Betrieb, Schule, Universität und kommunalem Bereich, ist unser Ziel. Im Kapitalismus wird es niemals wirkliche Demokratie geben. Jedes fundamentale Recht hat die Arbeiterbewegung erkämpfen müssen. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, was die Unternehmer von "der Demokratie" halten, wenn sie ihr nicht mehr in den Kram paßt: Das "rote" Wien wurde 1934 von der christlich-sozialen Regierung (ÖVP-Vorläufer) mit Kanonenzerschossen, alle Arbeiterorganisationen zerschlagen, das Parlament aufgelöst, etc. ... seit Ende des 2. Weltkriegs gab es in Westeuropa über 40 rechte Staatsstreichversuche. Offiziell übt das Parlament die Macht aus, doch alle wichtigen Entscheidungen fallen wo anders. In den Chefetagen, Unternehmerverbänden, ... das formale Recht des Parlaments, Gesetze zu beschließen, darf uns dabei nicht täuschen. Aber trotzdem stehen wir Marxisten Wahlen nicht teilnahmslos gegenüber. Jede Stärkung bürgerlicher Parteien bei Wahlen stärkt die Position der Unternehmer.

Ist der Staat neutral?

Polizei, Gerichte, Militär, ... haben vorallem eine Funktion: Die Aufrechterhaltung und Verteidigung des bestehenden Systems und der bestehenden (kapitalistischen) Eigentumsverhältnisse. Im Staatsapparat werden Menschen zusammengewürfelt und mit Mitteln die diesem Zweck dienen (Waffen, Gefängnisse, aber auch Gesetze...) ausgestattet. Tagtäglich zeigt sich, daß der Staat weder neutral noch unabhängig ist: durch staatspolizeiliche Besetzung linker Politiker und Gewerkschafter (Stapo-Akte...), hartes Vorgehen gegen Linke bei Demonstrationen, ... der Polizeiapparat und der Berufskader des Bundesheeres stellen die bewaffnete Sicherheitseinheit der Herrschenden dar. In gewissen Situationen reichen den Kapitalisten die legalen Mittel zur Abwehr von Klassenkämpfen nicht aus: Sie engagieren Streikbrecher, Schlägertrupps um Linke einzuschüchtern etc. ... Ein Stammvater des Sozialismus schrieb, daß die Arbeiterklasse diesen Staatsapparat gewaltsam zerschlagen muß. Daß bedeutet aber nicht, daß wir ein Blutbad unter Kapitalisten oder Polizei anrichten wollen. Es bedeutet, daß die Arbeiterklasse die staatlichen Strukturen nicht einfach für ihre



Zwecke (z.B. Kampf gegen die Faschisten) verwenden kann, sondern daß sie neue eigene Strukturen aufbauen muß. Wenn es Spaltungen im Staatsapparat gibt, müssen wir diese ausnutzen, ohne aber Illusionen über die grundsätzliche Rolle von Polizei und Militär zu verbreiten.

Für eine sozialistische Demokratie

Die Auflösung des bürgerlichen Staatsapparates ist eine politische Handlung, die nur durch eine Massenaktion der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß Arbeiter ab einem bestimmten Punkt sich selbst Organe schaffen, um die Gesellschaft zu verwalten, in Form von demokratisch gewählten Komitees oder Räten. Diese Formen sind die demokratischsten Einrichtungen, die es je gegeben hat, sie werden ausschließlich von "unten" gewählt und können ausschließlich von "unten" abgesetzt werden. Wir treten dafür ein, daß die Bevölkerungsmehrheit - also die Arbeiterklasse - ihre Geschichte selbst in die Hand nimmt. Wir treten daher für die Verstaatlichung aller wichtigen Unternehmen ein. Wir wollen eine Verstaatlichung die nicht wie z.B. die österreichische den Interessen der Kapitalisten untergeordnet ist, sondern eine von den Beschäftigten kontrollierte. Komitees aus Vertretern von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat sollen die Betriebe verwalten. Diese Komitees müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein, die Mitglieder dürfen nicht mehr als den Lohn eines Facharbeiters verdienen, um bürokratische Auswüchse zu verhindern. Ein volkswirtschaftlicher Rahmenplan, orientiert an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung und nicht am Profit einer kleinen Minderheit, soll an die Stelle des kapitalistischen Chaos treten. Der Kapitalismus hat eine weltweit vernetzte Produktion geschaffen. Alle wesentlichen Fragen unserer Zeit können nur international gelöst werden. Der Sozialismus ist ein internationales System, das die technischen Möglichkeiten und die Fähigkeiten der gesamten Menschheit zum Nutzen aller einsetzen will.

John Evers, JG 5

Frieden am Papier Krieg im Land

Naher Osten:

Das Abkommen zwischen Israel und der PLO-Führung wird von den bürgerlichen Medien als "Wunder im heiligen Land" dargestellt. Das einzige Wunder jedoch wäre, wenn dieser Vertrag ohne Konflikte zwischen bzw. unter der palästinensischen Bevölkerung und den jüdischen Siedlern der Westbank durchgeführt werden könnte.

Das Abkommen ist der vorläufige Schlußpunkt der Sackgasse, in welche die PLO die palästinensischen Massen geführt hat. Früher hatte die Politik der PLO noch aus zwei Taktiken bestanden. Aus individuellen Terroraktionen, wie Bombenattentaten, ... auf der einen Seite und einem diplomatischen "Jet-Setting" auf der anderen, um die Unterstützung von den vermeintlichen Freunden UdSSR und den arabischen Regimes zu bekommen. Die Terroranschläge führten dazu, daß die jüdischen Massen die israelische Regierung unterstützten. Aber auch Massenaktionen der Palästinenser wurden damit verneint, das politische Handeln auf einige wenige "Auserwählte" delegiert. Die Palästinenser sahen aber zumindest noch Aktionen der PLO-Führung. Doch mit Ende der 80er wurde die "Diplomatie" einzige Politik der PLO.

1987 begann die Intifada. Die palästinensische Bevölkerung zeigte damit, daß sie ihren Widerstand gegen die Besetzer fortsetze, obwohl die PLO-Führung den Kampf aufgegeben hatte. Die Unterstützung der PLO-Führung durch die Bevölkerung wurde immer geringer. Während Arafat & Co. in Sicherheit und Komfort leben, müssen die Palästinenser in überfüllten Hütten hausen, eingesperrt in einem bestimmten Gebiet, in dem sie sich auch noch permanent israelischen Armeepatrollen gegenübersehen. Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus war die Hauptstütze der PLO, sowohl politisch als auch finanziell, verschwunden. Und da die PLO aufgrund des Massendruckes von unten Saddam Hussein im Golfkrieg unterstützen mußte, versiegten auch die Geldquellen der arabischen Regimes. Die PLO-Führung zog daraufhin die monatliche Unterstützung, die sie 1000en Familien in den besetzten Gebieten gegeben hatte, zurück. Und 50 % Arbeitslosigkeit sowie das Schließen der israelischen Grenzen für 100.000 palästinensische Arbeiter, verstärkten natürlich die Massenunzufriedenheit. Aufgrund dieser Lage brauchte die PLO-Führung unbedingt eine Lösung, damit sie ihre Macht halten kann; auch wenn diese Lösung Verrat bedeutet.

Die Konflikte im arabischen Raum basieren auf der Politik des Imperialismus. Grenzen wurden willkürlich in den Wüstensand gezogen, um für den Westen dieses Gebiet kontrollierbar zu machen. Nach dem 2. Weltkrieg wurde der (verständliche) Wunsch vieler Juden nach Sicherheit zur Installation des Staates Israels als Bewahrer der westlichen Interessen in dieser Region genutzt. Die Gründung Israels ging zu 100% auf Kosten der Palästinenser.

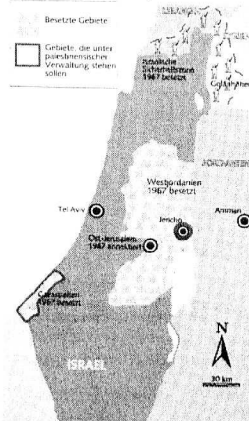
Das Abkommen

In den Verhandlungen wurde die autonome Kontrolle über den Gazastreifen und dem Westbank-Teil Jerichos beschlossen. Die israelischen Kräfte sollen abgezogen werden, aber nur in die umliegenden Gebieten, "um die israelischen Siedlungen schützen zu können". Im autonomen Gebiet dürfen palästinensische Polizeikräfte (geplant sind 17.000) für Ruhe und Ordnung sorgen. In einer Periode von 5 Jahren soll die Autonomie auf den Rest der Westbank ausgeweitet werden, allerdings nur, wenn sich die Bevölkerung "gut" benimmt, sprich, wenn sich die Neuaufteilung für den Imperialismus bewährt.

Was führte zu diesem Wandel?

Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus hat sich die Situation komplett verändert. Die israelische Bourgeoisie muß jetzt nicht mehr fürchten, daß autonome palästinensische Gebiete unter Führung der PLO in Richtung Verstaatlichung der Wirtschaft streben, was einen ersten Schritt auf dem Weg zur arabischen Revolution bedeutet hätte. Der Angstgegner heißt nicht mehr PLO. Der neue Hauptfeind ist die fundamentalistische Hamas-Bewegung, die wegen ihrer radikalen Phrasen steigende Unterstützung bekommt und eine scheinbare Alternative darstellt. Die Herrschenden Israels setzen also auf ein Abkommen mit der PLO, um den neuen Hauptfeind, die Hamas, zu schwächen.

Durch das Ende des Stalinismus ist Israel für die USA strategisch nicht mehr so bedeutend, deshalb sinkt auch die finanzielle Unterstützung. Die schlechte Wirtschaftslage und die steigende Arbeitslosigkeit führen zu Unzufriedenheit. Dies und die Hoffnung der israelischen Unternehmer auf einen arabischen Markt förderte sicherlich ihren "Friedenswillen". Die weitsichtigsten Teile der israelischen Bourgeoisie haben auch erkannt, daß die Intifada auf die israelische



ische Bevölkerung große Auswirkungen hatte und daß man solch einen Aufstand nicht militärisch beenden kann.

Es gab bereits Kämpfe zwischen Anhängern der Hamas und der PLO. Der Vertrag brachte zwar die Unterstützung der PLO unter den älteren Palästinensern, aber die Hamas gewinnt weiter unter den Jugendlichen. An die Frage, was passiert, wenn die Hamas die angekündigten Wahlen im Gazastreifen gewinnt, will niemand denken. Die israelische Regierung und die PLO-Führung setzen auf die "Kriegsmüdigkeit" der palästinensischen Bevölkerung, die die Entrüstung über Arafats Betrug überdecken soll. Ein beachtliches Potential für Konflikte stellen die jüdischen Siedler der Westbank dar. Die israelische Regierung könnte zwar in der Lage sein, die Siedler aus dem Gazastreifen auszuweisen, was aber mit den 120.000 in der Westbank passiert, weiß keiner. Bei einer Umfrage geben 17% der jüdischen Siedler an, auch Gewalt gegen eine palästinensische Autonomie einsetzen zu wollen.

Ob das Abkommen halten wird ist äußerst fraglich. Sicher ist, daß es weder Frieden noch Wohlstand (trotz treuerziger Versprechungen des Westens) in der Nahostregion bringen wird. Das können nur israelische, palästinensische, syrische, ... Arbeiter gemeinsam erkämpfen. Nur in einer sozialistischen Föderation, die keine Volks- oder Interessensgruppe bevorzugt und den gesamten Nahen Osten umfaßt, kann ein dauerhafter Frieden für diese Region gewährt werden.

Katja Arthofer

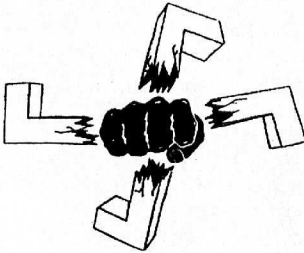
Jugend gegen Rassismus

Das Antifa-Komitee hat seine bisher größte Kampagne erfolgreich abgeschlossen. Severin Mahrer von der Antifa-Süd berichtet:

Anfang Juli starteten wir die Kampagne "Stoppt die Rechten - Weg mit dem Aufenthaltsgesetz". Wir machten jeden Sonntag Info-Tische auf der Donauinsel, um Arbeiter und Jugendliche anzusprechen, die sich einen Urlaub in der Südsee nicht leisten können. Im September ging der Streik erst richtig los! 16.000 Falter, 16.000 Aufkleber, 5.000 Plakate und 5.000 Flugblätter warteten darauf, unter die Leute gebracht zu werden. Eifrig machten sich alle Antifa-Komitee-Aktivist:innen an die Arbeit. Fünfmal in der Woche standen wir vor Schulen und Berufsschulen, dreimal in der Woche vor unseren Info-Tischen und verteilten wöchentlich am Flohmarkt. Unsere Leute in den Bundesländern machten die selben Aktionen in Salzburg, Oberösterreich, Vorarlberg und Nieder-

österreich. Nach wochenlangem, harter Arbeit war der Höhepunkt unserer Kampagne gekommen - der Gründungskongress des Antifa-Komitees Österreich. Dort trafen sich dann ca. 200 Jugendliche, um der antifaschistischen Arbeit ein Programm zu geben, sie zu koordinieren und Erfahrungen auszutauschen. Es war unser größtes Anliegen, die verschiedenen Antifa-Initiativen aus den Bundesländern mit dem Wiener Antifa-Komitee zu einer bundesweiten, gut organisierten Antifa-Bewegung zu vereinen. Weil die Faschisten bundesweit organisiert sind, kann nur ein genauso flächendeckender Kampf gegen sie erfolgreich sein. Man muß die Faschisten dort bekämpfen, wo sie auftreten. Und das kann nicht nur in Wien oder von Wien aus geschehen. Doch

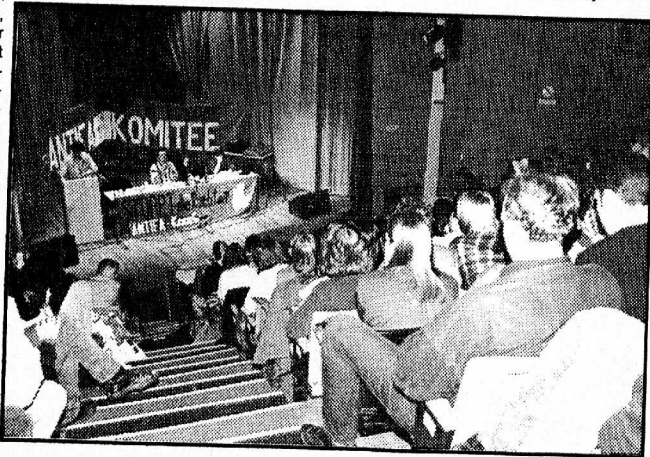
derInnen fordert, bewiesen. Was wäre aber ein Kongress ohne Arbeitskreise, also gab es sie zu den Themen: Internationales Netzwerk der Faschisten, Sinti und Roma, Situation von Ausländern in Österreich, Aufenthaltsgesetz, Was ist Faschismus, Arbeitsplätze statt Ausländerhetze und Antifaschistischer Kampf - international. Diese Arbeitskreise wurden anschlie-



ßend im Plenum einberichtet. Die Stimmung fand den Höhepunkt, als die internationalen JRE-Gäste aus Schottland, Deutschland und Tschechien von der Arbeit in ihren Ländern erzählten. Martin aus Schottland berichtete über die Demonstration in London am 16. Oktober und daß JRE in GB schon über 2.000 Mitglieder hat. Kai aus Stuttgart berichtete über eine Demo in im Berliner Stadtteil Marzahn, in dem die Nazis stark waren. Er erzählte, daß in diesem Bezirk jetzt drei JRE-Gruppen existieren und den Nazis das Leben schwer machen. Auch der Saatschutz hat seine Aufgabe hervorragend erfüllt, als Aktivisten vom Ring Freitlicher Jugend versuchten, den Kongress zu stören. Die Ordner sorgten schnellstens dafür, daß die Störenfriede die Veranstaltung verließen. Trotz dieses Zwischenfalls fand der Kongress ein friedliches aber kämpferisches Ende mit einem Kabarett von und mit Richard Weihs. An Spaß, Diskussion und Erfahrungsaustausch hat es

jedenfalls nicht gefehlt. Doch der Kongress war nicht das Ende unserer Arbeit denn: **DER ANTIFASCHISTISCHE KAMPF GEHT WEITER! MACH MIT! WERDE MITGLIED BEIM ANTIFA-KOMITEE! ODER KOMM EINFACH IN EINE UNSE-RER GRUPPEN!** Unsere Treffpunkte erfährst Du auf Seite 15!

Severin Mahrer Antifa-Süd



derInnen fordert, bewiesen. Was wäre aber ein Kongress ohne Arbeitskreise, also gab es sie zu den Themen: Internationales Netzwerk der Faschisten, Sinti und Roma, Situation von Ausländern in Österreich, Aufenthaltsgesetz, Was ist Faschismus, Arbeitsplätze statt Ausländerhetze und Antifaschistischer Kampf - international. Diese Arbeitskreise wurden anschlie-

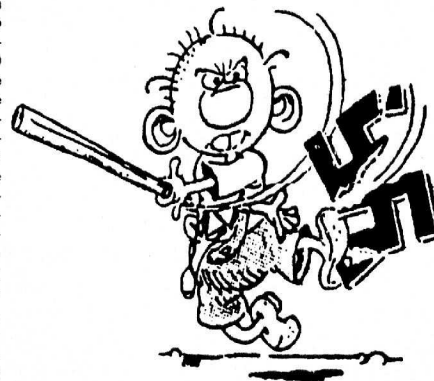
in Europa - Österreich



Am 24.10.1992 fand in Brüssel eine europaweite, antifaschistische Demonstration statt, zu der über 40.000 Jugendliche aus großen Teilen Europas kamen. Organisiert wurde sie von der internationalen Organisation "Jugend gegen Rassismus in Europa", deren österreichische Sektion das Antifa-Komitee ist. Heuer fanden in einigen Ländern am 24.10. Antifa-Demonstrationen statt, so auch in Wien.

Die Demonstration brachte unter dem Motto "Weg mit dem Aufenthaltsgesetz!" an die 2500 Leute auf die Straße. Die Demonstration war für die Abschaffung aller ausländerfeindlichen, rassistischen Gesetze und trat nicht lediglich für eine Novellierung der bestehenden Gesetze ein. Diese konsequente Forderung und eine gute Mobilisierung und Organisation machte diese, vom Antifa-Komitee initiierte Demo, die von über 35 Organisationen unterstützt wurde, zur größten gegen das Aufenthaltsgesetz. Als Alternative stand auf den Plakaten der gemeinsame Kampf in- und ausländischer Arbeiter und Jugendlicher für Arbeitsplätze, Wohnungen und andere soziale Forderungen. Die Demonstration war sehr kämpferisch und wurde vom großen Block

des Antifa-Komitees angeführt, andere linke Gruppen folgten. Bewährt hat sich auch der Ordnerdienst, an dem sich die unterstützenden Gruppen beteiligten. Das Antifa-Komitee stellte mit 25 Ordnern den größten Teil. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle. Einmal versuchten Leute vom RFJ (Ring Freitlicher Jugendliche) ihre Flugis zu verteilen, aber das konnte der Ordnerdienst schnell unterbinden, dann standen in einer engen Gasse Polizisten



mit Helm und Schild und bewachten Ziegelsteine(!).

Die Route ging von der FPÖ-Zentrale aus durch den ersten Bezirk, (mit Zwischenstopp beim Bundeskanzleramt), vorbei am Innenministerium, zum Schwedenplatz und

durch den zweiten Bezirk zum Gaußplatz, wo sie endete. Am Ende der Demo sprachen nach den Rednern der unterstützenden Organisationen internationale JRE-Gäste aus Schottland und Deutschland. Auch diese hoben den kämpferischen Charakter und die gute Stimmung unserer Demonstration hervor.

Anschließend fand noch im Rockhaus ein Antifa-Fest statt. Nach dem anstrengenden Wochenende war dies eine notwendige Gelegenheit für Entspannung und Spaß. Doch selbst hier kam die politische Arbeit nicht zu kurz, denn es wurden 35 Mitglieder für das Antifa-Komitee geworben.

Claudia Csörgits
Antifa-Nord

Österreich brennt!

Nicht nur in Deutschland brennen Flüchtlingsheime, im Gegenteil: In Österreich werden, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, fast doppelt soviele Übergriffe auf AusländerInnen registriert. 1992 wurden in Deutschland 2.506 ausländerInnenfeindliche Straftaten registriert, in Österreich waren es 429.

- 7.2.1992: St. Margareten/Steiermark Ein Auto eines Afrikaners wird in Brand gesteckt.
- 22.2.1992: St. Florian/Oberösterreich Attacke auf einen Ausländer mit Tranengassspray.
- 29.3.1992: Donawitz Geplanter Brandanschlag auf ein Ausländerlokal verhindert.
- 30.7.1992: Wien 20 Schüsse aus Faustfeuerwaffe auf Flüchtlingsheim.
- 7.9.1992: Wien 22 Brandanschlag auf Flüchtlingsheim.
- 8.10.1992: St. Georgen/Oberösterreich Brandanschlag auf jugoslawische Gastarbeiterfamilie.

u.s.w. Im Jahr 1992 wurden 45 Personen wegen rechtsextremer Delikte festgenommen. Wie die Presse in den letzten Tagen berichtete, hören die Anschläge im Jahr 1993 nicht auf (Vorarlberg). Das beweist, daß wir uns im Kampf gegen Rechts nicht auf Polizei und Gerichte verlassen können.

Grapschen nur ein Kavaliersdelikt?

Die sogenannte "Grapsch-Affaire" hat einen Aufruhr gebracht. Ausgelöst wurde sie durch die Veröffentlichung eines 6 Jahre zurückliegenden Falles. Damals griff Josef Hesoun, jetziger Sozialminister, seiner Kollegin Waltraud Schütz ins Dekollete. Dieses für Waltraud Schütz (vorstellbar) ungestüme Ereignis ist leider kein Einzelfall, aber es hat deutlich gezeigt, wie mit sexueller Belästigung umgegangen wird.

Das Verhalten der SPÖ-Führung ist weder sozial, noch demokratisch noch im Sinne der Frauen. Anstatt daß deutlich erklärt wird, daß ein solches Verhalten eindeutig falsch und verachtenswert (noch dazu vom Sozialminister) ist, wurde nur darauf gedrängt, jegliche Kritik an Hesoun zu unterdrücken und Waltraud Schütz als Nestbeschmutzerin abzutun. Gerade bei einem derartigen Vorfall muß offen diskutiert und verurteilt werden. Als Johanna Dohnal Hesoun aufforderte, zu klagen oder zurückzutreten, war dann das Maß an innerparteilicher Kritik übergangen und Vranitzky ließ sie das auch deutlich wissen (Vranitzky: "Da wird es einen Ramba-Zamba geben"). Ursprünglich wollte Waltraud Schütz die Sache noch "für die Frauen" durchkämpfen. Sie meint, daß Hesouns Rücktritt ein Signal für die Partei wäre. Unter dem Druck der Partei (denn was soll es sonst gewesen sein, was Schütz zu plötzlichem Gesineswandlung trieb) war dann alles anders. Vranitzky berichtete, wie Schütz in seinem Beisein die ursprüngliche Darstellung abschwächte. Nach diesem Gespräch mit Vranitzky, einer Unterredung mit dem Linzer Parteivorsitzenden Josef Ackerl und einem Handschlag mit Hesoun verfaßte Schütz ein Papier, in dem sie erklärte, sie sei, genauso wie Hesoun, ein "Opfer eines mediopolitischen Systems", obwohl sie den Vorwurf der sexuellen Belästigung durch Hesoun bekräftigte.

Typisch für diesen Fall ist auch das Verhalten des bemitleideten Hesoun. Dieser weiß nicht einmal, wofür er sich überhaupt entschuldigen sollte. Aber er bevorzugt nach eigener Aussage ja auch mehr den häuslicheren Typ. In diesem Sinn bezeichnete er das Verhalten von Johanna Dohnal als nicht human. Dieser Fall war sicherlich auch ein Rückschritt für das Bewußtsein der Frauen. Es gibt zwar Neuerungen im Gleichbehandlungsgesetz, wie Schadenersatz bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, aber nur wenige Frauen wagen letztlich wirklich den Schritt zum offiziellen Protest und zum Rechtsweg.

Ein weiterer Fall in diesem Zusammen-

hang ist der eines Grazer SPÖ-Bezirksschefs, der beschuldigt wird, eine Kindergärtnerin während einer Dienstreise sexuell unter Druck gesetzt zu haben mit den Worten: "Ich brauche zu meinen Mitarbeiterinnen 200%iges Vertrauen, das habe ich, wenn wir miteinander ins Bett gehen."

Durch die "Grapsch-Affaire" wurde Frauen gezeigt, welche Konsequenz es hat, sexuelle Belästigung anzuprangern. Vranitzky, Hesoun & Co (Haider überbot mit seiner Aussage, Dohnal hätte sich nur beschwert, weil sie selbst nicht begripscht wurde,

wieder einmal alle!) haben es einmal mehr geschafft, aus Opfern Täter zu machen, das Verhalten der Täter zu verharmlosen. Aber laut dem Experten für Verhaltensforschung Rabi-Rablswald dürfte das ja nur allzu natürlich sein: Sanftes Grapschen sei beim Manne ein natürliches Verhalten im Dienste der Arterhaltung, bei der Frau dagegen reine Perversion, die unter Umständen sogar die Zeugungsfähigkeit gefährde. Also, in diesem Sinne: Wehren wir uns gegen "die Natur"!

Claudia Sorger

London's Polizisten schützen die Faschisten

"Weg mit dem BNP - Hauptquartier", forderten 50.000 Demonstranten am Samstag, dem 16. Oktober. Sie marschierten für die Schließung des Hauptquartiers der faschistischen Britischen Nationalpartei (BNP) in London-Welling. Diese Demonstration war der Höhepunkt einer Kampagne, die YRE (Youth against Racism in Europe - GB), organisiert hatte.

Die BNP hatte in letzter Zeit bei Wahlen immer größeren Zulauf erhalten und sogar den Einzug ins Londoner Stadtparlament geschafft. Welling ist ein Stadtviertel mit hoher Arbeitslosigkeit, in dem die BNP massiv versucht, Leute anzuwerben und ihre faschistischen Ideen zu verbreiten. Die Demonstration begann, dank dem Einsatz von hunderten YRE-Ordern diszipliniert und friedlich. Zehntausende marschierten los, füllten die Straßen von Welling und machten lautstark mit "Gegen-Nazi-Parolen" auf sich aufmerksam.

Das Ergebnis: 41 Demonstranten waren so schwer verletzt, daß sie ins Spital gebracht werden mußten, hunderte andere, verletzt vom Demo eigenen Sanitätsdienst maršiert wurden. Zur gleichen Zeit griffen auch betrunkene Faschisten Teile der Demonstration an und prügelten einen Studenten krankenhausreif. Was tat die Polizei? Sie war gerade zu sehr mit den Antifaschisten beschäftigt, um eingreifen zu können. Die Zeitungen machten bei der Hetze gegen die Antifaschisten voll und ganz mit. Meldungen wie "Stoppt den antirassistischen Mob!" und "Linke Chaoten randalieren" mußte man lesen. Kein Wort über die Polizeibrutalität, kein Wort über Polizeiprovokation, kein Wort über hunderte Verletzte. Eine große Tageszeitung setzte sogar Kopfgelder auf antifaschistische "Bösewichte" aus, die in Auseinandersetzungen verwickelt gewesen waren...

Manuela Tesak
Jugend für Sozialismus 5



Frauen bereits tot waren. Ich sah, wie eine von ihnen von Spezialeinheiten über den Platz gezogen wurde. Sie war bleich, ihr Kopf hing nach hinten. Sie hätte sofortige Mund-zu-Mund Beatmung und eine Herzmassage benötigt. Ich war über die unglaubliche Brutalität der Polizei entsetzt."

Das Ergebnis: 41 Demonstranten waren so schwer verletzt, daß sie ins Spital gebracht werden mußten, hunderte andere, verletzt vom Demo eigenen Sanitätsdienst maršiert wurden.

Zur gleichen Zeit griffen auch betrunkene Faschisten Teile der Demonstration an und prügelten einen Studenten krankenhausreif. Was tat die Polizei? Sie war gerade zu sehr mit den Antifaschisten beschäftigt, um eingreifen zu können.

Die Zeitungen machten bei der Hetze gegen die Antifaschisten voll und ganz mit. Meldungen wie "Stoppt den antirassistischen Mob!" und "Linke Chaoten randalieren" mußte man lesen. Kein Wort über die Polizeibrutalität, kein Wort über Polizeiprovokation, kein Wort über hunderte Verletzte. Eine große Tageszeitung setzte sogar Kopfgelder auf antifaschistische "Bösewichte" aus, die in Auseinandersetzungen verwickelt gewesen waren...

Wenn Rauch-Kallat Mist baut...

Die Bundesregierung hat dem österreichischen Müllberg den Kampf angesagt! Seit 1. Oktober dürfen sich alle Österreicher den Kopf zerbrechen, ab welcher Größe Folien getrennt werden müssen (ab 0,3 m²), ob Fingernägel Restmüll sind (nein, sie gehören in den Biomüll), welche Art von Knochen weggeworfen wird (alle, bis auf Hühnerknochen, in den Biomüll) und was man mit dem restlichen Müll macht. Alle Österreicher? Nein, denn der kleine Teil, der den ganzen Mist überhaupt produziert, gibt die Aufgabe einfach weiter.

Unternehmer können sich von ihrer Rücknahme- und Verwertungsverpflichtung freikaufen und ihre Produkte bepunktet. Diese Verpflichtung übernimmt für sie die ARA (Altstoff-Recycling-Austria). Die Unternehmer haben dafür eine Lizenzgebühr, die

sich in der Höhe nach Art und Menge der Verpackung richtet, zu zahlen. Für die Konsumenten schlägt sich dies in einem Aufpreis am Produkt nieder. Betriebe, die sich nicht an dem bestehenden Sammel- und Verwertungssystem beteiligen, müssen ab 1. Jänner 2000 den gesetzlich vorgeschriebenen Rücklauf von 80% nachweisen können.

Konsumenten haben hingegen keine Wahl. Sie müssen getrennt sammeln. Die Sammlung der Produkte suggeriert den Eindruck der Umweltfreundlichkeit, der Unterschied zwischen Mehrweg und Einweg wird verwischt, und auskennen tut sich auch keiner.

Insgesamt ist die neue Verpackungsverordnung ein Schritt in die falsche Richtung, nicht Sammeln von Verpackungen, sondern Vermeidung derselben muß das Ziel sein. Doch dem entgegen stehen die wirt-

schaftlichen Interessen. Jeder will beim "Umweltschutz" abkassieren. Die Verwertung kann auf diese Art und Weise nicht wirklich funktionieren, da der Druck der Unternehmer jede sinnvolle Art der Vermeidung von Verpackungen verhindert. Wieder werden die Konsumenten die Leidtragenden dieser Verordnung sein, denn sie müssen durch die Verpackungszuschläge mehr bezahlen und dürfen dann noch den Verpackungsmüll entsorgen. Diese Verpackungsverordnung dient nur dazu, das Image der Unternehmer zu verbessern, doch der Müllberg wächst und wächst.

Tanja Boukal, Antifa-West

Wie ihr uns treffen könnt...

VORWÄRTS-UnterstützerInnen sind in vielen Gruppen der Sozialistischen Jugend und des Antifa-Komitees aktiv. Einige SJ-Gruppen in Wien wurden von der SJ-Führung aufgelöst. Um die Zusammenarbeit zwischen diesen Gruppen zu verbessern und sich gegen neuerliche Angriffe gemeinsam zu wehren, haben AktivistInnen dieser Gruppen die Kampagne "JUGEND FÜR SOZIALISMUS/ Aktion für eine sozialistische SJ" gegründet. Alle Gruppen treffen sich regelmäßig, wenn auch teilweise unter erschwerten Bedingungen, um politische Arbeit zu machen.

SJ Gruppe COMMUNE: jeden Mittwoch 19 Uhr Wien 3, Zentrum Erdberg Lechnerstr. 2-4

SJ 8 - aufgelöst/JS Wien 8 Gruppe FUNK: jeden Mittwoch 19 Uhr, Wien 8, Jugendzentrum, Grünwaldg. 4

SJ 6 LINKE AKTIONSGRUPPE: jeden Dienstag 19 Uhr Wien 6, Waig. 4

SJ 20 Gruppe ROTE HALBEN: jeden Mittwoch 19 Uhr Wien 20, Marchfeldstr. 16-18/4 Sektion 17

SJ 23 Gruppe OFFENBU: derzeit kein Gruppenlokal

...und in den Gruppen des **ANTIFA-KOMITEES**

Antifa-Süd: jeden Freitag um 19 Uhr im Rotpunkt (Wien 6, Reinprechtsdorferstr. 6)

Antifa-West: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Wien 16, Goldschlagstr./Ecke Hackengasse

Antifa-Nord: jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat im Restaurant Wienerwald (Wien 20, Marchfeldstr. 27)

Antifa-Lehringergasse: jeden Freitag um 19 Uhr im 7. Stern (Wien 7, Siebensterng. 31)

Jugend gegen Faschismus-Wiener Neustadt: jeden Dienstag um 18.30 Uhr im Pinguin (Dornplatz Wiener Neustadt)



Grüne Vernunftsehe?

Die Listenvereinigung von VGÖ und Grünen hat ein für alle Mal den wirklichen Charakter der Grünen als bürgerliche Partei klargemacht. Schon bei den Wienwahlen, als die Grünen vor allem der ÖVP Stimmenwegschnappten, meinte Peter Pilz, daß sich seine Partei mehr um diese Wähler kümmern werde. Inhaltlich vertreten sie (ob sie es weiter vertreten, ist fraglich) zwar manchmal linkere Standpunkte als die SPÖ und konnten durch unkonventionelle Aktionen vor allem linke Jugendliche ansprechen, im Endeffekt waren die Grünen letztlich aber immer eine Partei, die nicht über den Rahmen des Kapitalismus hinausgehen wollte. Das Zusammengehen mit der rechtsbürgerlichen, ausländerfeindlichen VGÖ zeigt deutlich, daß Sozialisten in dieser Partei, die keine sozialistische Politik betreibt und keine Verankerung in der Arbeiterschaft hat (im Gegensatz zur SPÖ), nichts verloren haben.



"Gegen Nazis"-T-Shirts
(rote Faust)
120,- inkl. Porto b. d. Redaktion
PSK 8812.733 Kennwort "T-Shirt"

John Evers

Budget 1994: Sollen wir die Krise zahlen?

Nach wochenlangen heftigen Diskussionen wurde am 19. Oktober der Budgetvorschlag für 1994 vom Ministerrat verabschiedet. Am 20. Oktober hielt Finanzminister Lacina planmäßig seine Budgetrede im Nationalrat. Ebenso wurde die, vom Pensionsbeirat empfohlene, Erhöhung der ASVG-Pensionen um 2,5 % vom Ministerrat akzeptiert.

Bis hin zur Einigung zwischen Finanzminister Lacina und Staatssekretär Ditz war es jedoch ein steiniger Weg, gezeichnet durch zwei Gipfelgespräche und die sogenannte "Koalitionskrise" inklusive Neuwahldrohungen durch die ÖVP die allerdings von ÖVP-Obmann Busek abgeschwächt wurden. Er, Busek, trete zwar "aus Überzeugung" für ein Auslaufen der Legislaturperiode ein, lasse aber, wie auch Landeshauptmann Krainer, eine Koalition mit der FPÖ jederzeit offen. Am stärksten umstritten bei den Verhandlungen war das Karenzgeld. Die ÖVP wollte eine Erhöhung ausfallen lassen, die SPÖ eine "moderate Anhebung".

Nun werden 1994 sowohl normales als auch erhöhtes Karenzgeld einheitlich um öS 132,- pro Monat angehoben. Bei den Verheirateten entspricht dies der normalen Anhebung um 2,5 %, bei den AlleinerzieherInnen einer Anhebung um 1,7 %. 1995 und 1996 sollen AlleinerzieherInnen betragsmäßig die gleiche Erhöhung erhalten, die auch den Verheirateten zugestanden wird. Der Abstand zwischen beiden Gruppen verringert sich dadurch weiter. Die Erhöhung für 1995 wird zudem generell auf

Basis der Karenzgelder 1993 berechnet was längerfristig eine Verschlechterung bedeutet.

Beim Arbeitslosengeld wird der Höchstbezug 1994 und 1995 nicht angehoben werden. Bei über öS 9000,- liegenden Arbeitslosengeldern wird die Erhöhung 1994 anstatt, wegen der Lohnsteigerung absehbaren drei, nur ca. ein Prozent ausmachen. Der wohl absurdeste Punkt der Koalitionseinigung: Wer nur wenig Arbeitslosengeld bekommt, muß sich mit einem geringeren Kinderzuschlag abfinden. Dieser beträgt künftig nicht mehr einheitlich öS 696,-, sondern sieben Prozent des Arbeitslosen-

geldes. Anstatt also umgekehrt gerade einkommensschwachen, kinderreichen Familien unter die Arme zu greifen, damit sie nicht mehr unter der Armutsgrenze dahinvegetieren müssen, wird gerade bei ihnen und bei den AlleinerzieherInnen, die sicherlich zu den Ärmsten der Armen in unserem Land gehören und prozentuell den höchsten Anteil derer, die unter dem Existenzminimum leben, stellen, gespart!

Noch schlechter sind künftig kinderreiche ausländische Familien, die im Durchschnitt über ein noch viel geringeres Einkommen als österreichische Familien verfügen, dran:

Fortsetzung Seite 5

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- 12.000.- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
- 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!
- Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
- Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
- Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
- Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!
- Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name _____

Adresse _____

Ich möchte:

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50.- öS

10 Ausgaben zu 100.- öS

ein VORWÄRTS-Förderabo zu
.....öS beziehen

Auslandsabo (5 Ausgaben 80.-)

Einsenden an:

Verein Vorwärts zur sozialistischen
Demokratie
PF. 2, A - 1082 Wien